

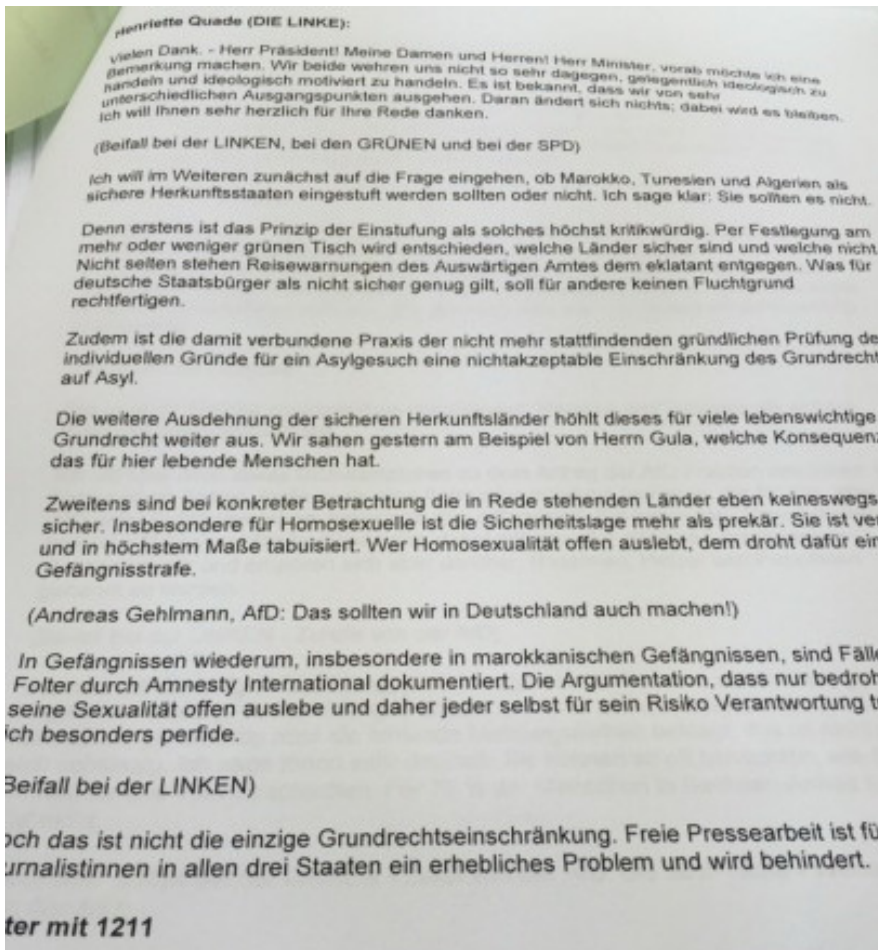
Der Zwischenruf, den keiner hörte



Medien und Kartellparteien scheinen eine neue Offensive gestartet zu haben, um die einzige Oppositionspartei in Deutschland zu diskreditieren. Momentan vergeht kein Tag ohne den Versuch, eine neue AfD-Sau durchs Dorf zu treiben. Allerdings stellt man sich bei der Konstruierung angeblicher Skandale so dilettantisch an, dass die Vorwürfe zum Bumerang werden. Nach der Gauland-Farce folgt nun ein nicht weniger absurder Unsinn. Der Vorwurf: Der Landtagsabgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt, Andreas Gehlmann (Foto), soll während einer laufenden Landtagssitzung per Zwischenruf eine Gefängnisstrafe für Homosexuelle in Deutschland gefordert haben.

(Von Buntlandinsasse)

Den Stein ins Rollen brachte dazu die Abgeordnete der Linkspartei, Henriette Quade, die auf Twitter diesen Vorwurf erhob und als Beweis den vorläufigen stenographischen Bericht der Sitzung postete:



Ein Abgeordneter der AfD fordert, öffentlich im Landtag, in Deutschland eine Gefängnisstrafe für Homosexuelle einzuführen, ohne dass es zu Aufruhr und spontanen Protesten im Plenarsaal kommt? Ohne dass irgendein Parlamentarier darauf reagiert und sich empört? Ohne dass auch nur einer der anderen 86 Abgeordneten dies zur Kenntnis nimmt? Eigentlich kann man an dieser Stelle aufhören, den Fall weiter zu verfolgen. Aber natürlich lassen sich die Medien so eine Vorlage nicht entgehen. Während man in Köln oder Darmstadt „erstmal alle Fakten prüfen mußte“, reicht hier z.B. der WELT der Vorwurf einer Abgeordneten, um die große Trommel zu rühren, ohne den Widerspruch zu thematisieren.

Die AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt hat mittlerweile mit einer Stellungnahme auf die Vorwürfe reagiert. Demnach hat Gehlmann diesen Satz zwar gesagt, allerdings an einer völlig anderen Stelle, als es das vorläufige(!) Protokoll wiedergibt. Seine Aussage bezog sich sinngemäß darauf, dass in anderen Ländern

Homosexualität nicht provokant zur Schau gestellt wird und man damit nicht hausieren geht. Das klingt allein schon dadurch plausibler, weil es die fehlende Empörung deutlich logischer erscheinen läßt, ist an dieser Haltung nun mal nichts anstößiges zu finden.

Lediglich die WAZ thematisiert die offensichtlichen Ungereimtheiten und hebt sich damit, überraschenderweise, von der allgemein einseitigen Berichterstattung ab:

Für die Darstellung der AfD spricht, dass es in der Sitzung keinerlei erkennbare Empörung angesichts einer solchen Aussage gab. Allerdings kann der Satz auch in anderen Fraktionen ungehört geblieben sein.

Den Ablauf zu rekonstruieren dürfte schwierig werden: Der Deutschen Presse Agentur zufolge ist der Zwischenruf in einem Videomitschnitt der Rede gar nicht zu hören.

Der Zwischenruf ist an der angeblichen Stelle also weder auf Videos der Sitzung zu hören, noch hat irgendjemand anderes ihn dort gehört. Die einfachste Erklärung dafür ist wohl, dass er an dieser Stelle eben nicht gefallen ist. Danke, keine weiteren Fragen.